

PARITÄTISCHER GESAMTVERBAND: GESETZENTWURF ZUR GESUNDHEITSVORSORGE IST ABSOLUT UNZUREICHEND

21. März 2013

(Berlin) Als absolut unzureichend kritisiert der Paritätische Gesamtverband die Pläne der Bundesregierung zur Stärkung der Gesundheitsvorsorge in Deutschland. Der Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Förderung der Prävention bleibe meilenweit hinter den neuesten gesundheitswissenschaftlichen Erkenntnissen zurück. Keinerlei Antworten gebe die Regierung auf die wachsende Gesundheitskluft in Deutschland. Damit Gesundheitszustand und Lebenserwartung in Deutschland nicht länger vom Geldbeutel abhängen, fordert der Verband stattdessen ein echtes Präventionsgesetz, das Qualitätsstandards von Präventionsangeboten sichert und eine verlässliche Finanzierung garantiert.

„Die Bundesregierung wärmt hier alte, bereits gescheiterte Konzepte auf und verkauft diese als Innovation. Dabei werden neueste gesundheitswissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert und zentrale gesundheitspolitische Herausforderungen ausgeblendet. Im Ergebnis wird es vielerorts bei altbackener Gesundheitsaufklärung und Kursangeboten bleiben, mit denen die besonders benachteiligten Gruppen nicht erreicht werden“, warnt Verbandsvorsitzender Rolf Rosenbrock. Aus Sicht des Verbandes verharmlose die Koalition insbesondere die rasant wachsende sozial bedingte gesundheitliche Chancenungleichheit in Deutschland. „Hier wird ein Placebo-Gesetz auf den Weg gebracht, das keinerlei Antworten auf die wachsende Gesundheitskluft zwischen Arm und Reich in unserem Land bietet“, so Gesundheitsexperte Rosenbrock. Die Situation in Deutschland sei ernst. Die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung sterben im Durchschnitt zehn Jahre früher als die reichsten 20 Prozent. Bei ihnen zeigten sich chronische Erkrankungen früher und verliefen deutlich schwerwiegender, so Rosenbrock. Schon im Kindergarten manifestierten sich die ungleichen Gesundheitschancen. „Wir brauchen endlich konkrete zielgruppenspezifische Strategien und Maßnahmen, die dort ansetzen, wo die Menschen sind. Die Projektitis in der Gesundheitsförderung muss ein Ende haben und endlich durch dauerhafte Strukturen ersetzt werden. Die Ansätze sind erprobt und müssen jetzt flächendeckend umgesetzt werden“, fordert Rosenbrock.

Der Verband bekräftigt seine Forderung nach einem eigenen Bundesgesetz für nicht-medizinische

Primärprävention und Gesundheitsförderung. Ein entsprechendes Gesetz müsse alle relevanten Akteure in die Pflicht nehmen, Qualitätsstandards sichern und eine verlässliche Finanzierung garantieren.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Tel.: 030 - 24636 305

E-Mail: pr@paritaet.org